

Krieg, Dienst, Verweigerung

Krieg bringt Leid und massenhaften Tod. Die wenigsten Menschen wollen selbst töten und verstümmeln oder gar getötet oder verstümmelt werden. Wer wegen seiner Macht- und Wirtschaftsinteressen Krieg führen will, muss andere zum Kriegsdienst nötigen oder verleiten. Wer selbst kein Interesse an Krieg haben kann, wird Soldat aufgrund von juristischem oder ökonomischem Zwang, sozialem oder ideologischem Druck. Vom Krieg profitieren die Regierungen und die Konzerne, die Ausführenden und Leidtragenden sind der Rest der Bevölkerung, am meisten die ärmeren Schichten.

Dementsprechend gab es auch viele verschiedene Ursachen und Arten des Kriegsdienstes: Verpflichtungen im Lehenswesen, Söldnerheere, Militärsklaverei. Die Rekrutierung für die stehenden Berufsheere zur Zeit des Absolutismus in Europa war oft brutal, erfasste aber selten viele Menschen. Im revolutionären Frankreich wurde die „Wehrpflicht“ bzw. der Kriegsdienstzwang in moderner Form eingeführt: Die Heere wurden gewaltig aufgebläht, die Kriege totaler. Jede wie auch immer „beschränkte“ Wehrpflicht erhält den potenziell totalitären Zugriff des Militärs auf die Gesellschaft.

Desertion ist so alt wie Rekrutierung, beinhaltet aber nicht immer deren grundsätzliche Ablehnung. Zuerst verwarfen gewaltfreie christliche Gruppierungen den Kriegsdienst generell oder unter bestimmten Bedingungen. Später verbreitete sich die Idee der Kriegsdienstverweigerung aus weltanschaulichen Gründen als Mittel gegen Krieg. Doch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird in zahlreichen Staaten der Welt überhaupt nicht oder nur sehr eingeschränkt anerkannt. Wer sich der Zwangsrekrutierung verweigert, wird häufig mit Schikanen überzogen, inhaftiert oder gar gefoltert oder getötet. Deshalb bleibt oft nur die Flucht und Suche nach Asyl in anderen Ländern, auch in Deutschland. Nicht nur im Interesse der Menschenrechte, sondern auch im Interesse des Friedens müssen Männer und Frauen, die sich dem Verbrechen des Krieges entziehen, unterstützt werden.

KDVer in Lebensgefahr: Beispiel Eritrea

Eritrea wurde 1991 nach dreißigjährigem Krieg gegen Äthiopien unabhängig. Die einstige Unabhängigkeitsfront ist die derzeit einzige Partei und dominiert die Politik. Es besteht ein langer Grenzstreit mit Äthiopien, der 1998 zu einem Grenzkrieg führte. Es existiert die allgemeine Wehrpflicht für Frauen und Männer.

Das Recht auf KDV ist nicht gesetzlich garantiert. Einige Mitglieder religiöser Gruppen, z. B. der Zeugen Jehovas, sind aufgrund ihrer Überzeugung seit mehr als zehn Jahren in Haft, ohne jemals eine gerichtliche Anhörung bekommen zu haben. Willkürliche Festnahmen, Folter, Einsatz an vorderster Front und Zwangsarbeit – alles ohne vorherige Gerichtsverhandlung – sind übliche Strafen für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. Die Opfer werden sehr häufig gefesselt für mehrere Tage oder manchmal sogar für Wochen in die Sonne gelegt. Außerdem werden Angehörige von Dienstflüchtigen bedroht, damit sie ihre Kinder in ihre Einheiten schicken.

Auch wenn genaue Zahlen kaum in Erfahrung gebracht werden können, umgehen doch Tausende den Militärdienst, wobei sie auf unterschiedliche Weise vorgehen. Manche erklären offen ihre Kriegsdienstverweigerung und werden inhaftiert, andere desertieren oder flüchten vor der Diktatur und suchen in anderen Ländern politisches Asyl.

„Ich hatte die Nase voll vom Krieg. Nach mehrmaligen Anträgen und Beschwerden erhielt ich fünf Tage Urlaub, blieb aber zehn Tage weg. Als Strafe musste ich einen großen Wasserbehälter eine Woche lang ständig einen großen Berg hinauf und herunter tragen.“



Foto: www.connection-ev.de

Bisrat floh aus der Armee in Eritrea und fand Asyl in Deutschland.

Im Mai 1999 wollte mich einer der Einheitsführer vergewaltigen. Ich konnte schreien, so dass andere zu Hilfe kamen und es verhinderten. Er wurde nicht bestraft.“ (Bisrat)

Vielsagendes Schild: „Ein Soldat/ Mehmet liebt den Frieden/Baris“

KDVer ohne Grundrechte: Beispiel Türkei

In der Türkei sind der kemalistische Nationalismus und der Militarismus eng miteinander verflochten. Das Militär empfindet sich als Hüter der Nation, hat schon mehrmals geputscht und übt starken Druck auf zivile Regierungen aus. Jeder Türke gilt als geborener Soldat. Die Türkei ist in mehrere internationalisierte Konflikte verwickelt. Es besteht Wehrpflicht für Männer, doch das Recht auf KDV ist nicht gesetzlich garantiert, obwohl die Türkei sich in internationalen Abkommen zur Gewissensfreiheit und damit indirekt auch zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen bekennt.

Mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur langjährigen Verfolgung von Osman Murat Ülke wurde im Januar 2006 die Praxis der Türkei, Kriegsdienstverweigerer wiederholt zu bestrafen, scharf kritisiert. Zugleich wurde mit dem Urteil die Selbstzensur der türkischen Medien durchbrochen. Sie berichteten breit über das Urteil, mögliche Folgen für die Innenpolitik in der Türkei und über den zu der Zeit inhaftierten Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan.

Im Jahr 2007 durften Osman und Mehmet weder offiziell reisen noch arbeiten und konnten ständig wieder einberufen und verhaftet werden. Aber ihre Haftentlassung ist auch ein Erfolg internationaler Solidaritätsarbeit.

„Es gibt die Möglichkeit, als homosexuell ausgemustert zu werden, indem ich mich auf einen so genannten ‚faulen Kompromiss‘ einlasse. Das wurde mir als ‚geeignet‘ präsentiert. Es zeigt aber nur, wie faul diese Sache selbst“



Foto: www.wzi-irg.org

ist. Als ein Individuum bin ich entschlossen, keiner Armee oder irgendeiner anderen Institution irgendeines Staates zu dienen. Ich würde es als eine Beleidigung meiner selbst und der Menschlichkeit ansehen, eine Ausrede zu benutzen und verweigere deshalb eine Zurückstellung oder Ausmusterung.“ (Mehmet)

KDVer gegen Staatsräson: Beispiel Israel

Israel steht im Zentrum des immer wieder eskalierenden Nahost-Konfliktes. Staat und Gesellschaft sind extrem militarisiert. Es besteht Wehrpflicht für Frauen und Männer, das KDV-Recht ist äußerst eingeschränkt. Manche verweigern gezielt den Dienst in den besetzten Gebieten, manche jeden Militärdienst. Sie werden meist mehrmals kurzfristig inhaftiert und haben auch nach ihrer Entlassung große Nachteile im alltäglichen Leben.

„Ich bin nicht bereit, die Uniform einer Institution zu tragen, die verantwortlich ist für Mord und Zerstörung und ihrer Umgebung in jeder Weise schadet. Jeder Staat, der Staat Israel eingeschlossen, sollte nur auf friedliche Weise handeln, und selbst wenn er angegriffen wird, sich ohne Waffen verteidigen. In jeder Lage, den Fall Israels“

SCHRITTE ZUR ABRÜSTUNG

Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Krieg ist aber die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militär löst keine Konflikte.

Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir als **Schritte zur Abrüstung:**

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zu den Forderungen. Mit der Veröffentlichung meines Namens/meiner Funktion bin ich einverstanden/nicht einverstanden (Unzutreffendes streichen).

Name:

Funktion:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

Weitere Informationen zur Kampagne:
www.schritte-zur-abruestung.de

Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

Absender/in:

Name:	<input type="text"/>
Straße:	<input type="text"/>
PLZ/Ort:	<input type="text"/>
Telefon/E-Mail:	<input type="text"/>

DFG-VK

Materialversand

Haußmannstr. 6

70188 Stuttgart

Ich möchte **kostenlos Infos erhalten** über...

die Organisation **DFG-VK**

Zivilcourage, die Zeitschrift der DFG-VK

Wozu Bundeswehr?



Mit dem **elektronischen Newsletter** der Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ informieren wir in unregelmäßigen Abständen über Aktionen und Materialien. Bitte bestellen Sie diesen und die nachfolgend aufgeführten Faltblätter über das Formular auf der Website www.schritte-zur-abrustung.de. Gerne schicken wir Ihnen weitere Informationen zu, bitten Sie aber um einen Beitrag zu den damit verbundenen Druck-, Porto- und Versandkosten.

Ich bestelle das **Info-Paket** mit allen Faltblättern der Kampagne gegen eine Spende. (Bitte legen Sie jeder Bestellung mindestens 1,44 € in Briefmarken für unsere Portokosten bei.)

Ich möchte ein- bis zweimal jährlich die **Info-Post** über die Schwerpunkte im Rahmen der „Schritte zur Abrüstung“ erhalten und überweise 5,- € für Druck-, Porto- und Versandkosten an die DFG-VK, Kto.-Nr. 8104600, BfS Köln, BLZ 370 205 00.

Ich bestelle folgende **Themenfaltblätter**:

- ... St. Schritte zur Abrüstung - kostenlos
- ... St. Wehrpflicht abschaffen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Atomwaffen verschrotten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Umstellung fördern! 5 St. 0,50 €
- ... St. Konflikte zivil bearbeiten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Abrüstung statt Sozialabbau! 5 St. 0,50 €
- ... St. Auslandseinsätze beenden! 5 St. 0,50 €
- ... St. Wozu Bundeswehr? 5 St. 0,50 €
- ... St. Europa abrüsten! 5 St. 0,50 €

zuzüglich 2,50 € Versandkosten pro Bestellung

Datum und Unterschrift

Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegsur-sachen** mitzuwirken.“

Mehr Infos im Internet: www.dfg-vk.de

Dieses Faltblatt wird herausgegeben von der **Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)**, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt/M., und der **DFG-VK Hessen**, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M., mit Unterstützung der **Bertha-von-Suttner-Stiftung**, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund. Text und Layout: Kai-Uwe Dosch (Vi.S.d.P.)

Wir bitten um Spenden zur Finanzierung **friedenswissenschaftlicher Projekte an die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Kto.-Nr. 817 46 07, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00. Spenden sind steuerlich absetzbar.**



eingeschlossen, ist es falsch Streitkräfte zu unterhalten, die für Krieg und Mord ausgebildet wurden – dies widerspricht völlig dem Streben nach Frieden und Koexistenz mit unseren Nachbarn im Nahen Osten.“ (Hadat)

KDVer als Außenseiter: Beispiel USA

Die USA sind die Weltmacht mit der mit großem Abstand modernsten Armee und den meisten Kriegseinsätzen. Zu den wichtigsten gehören der Afghanistan- und der Irak-Krieg seit 2001 bzw. 2003. Die Regierung von George W. Bush steigerte damit den Militäretat und die Aggressionspolitik. Der Zwang zum Kriegsdienst ist zwar ausgesetzt, doch männliche Jugendliche müssen sich vom Militär registrieren lassen, damit der Kriegsdienstzwang schnell wiedereingeführt werden kann. Hauptgrund für die Militärdienstverpflichtung ist gegenwärtig der ökonomische Druck auf Angehörige ärmerer Schichten. Es gibt zwar ein KDVer-Recht, doch dies wird nur beschränkt gewährt.

„Seit ich einmal im Einsatz war, wusste ich, was ich zu tun hatte. Das war für mich nicht mehr akzeptabel. Bevor ich das letzte Mal im Irak war, war mir klar, dass ich wohl nicht absichtlich jemand anderem körperlichem Schaden zufügen könnte. Damals war ich bereit, mich ins Kriegsgebiet verlegen zu lassen, weil die Armee meinen Antrag auf Entlassung



Foto: Wolfgang Krauß/DMFK

Agustín wird von zwei Militärpolizisten mit dem Flugzeug zu seiner Verhandlung gebracht.

als Kriegsdienstverweigerer bearbeitete und ich so lange nicht dazu verpflichtet war, mit geladenen Waffen zu trainieren oder sie zu benutzen.

Aufgrund meiner dortigen Erfahrungen kann ich kein Teil irgendeines Kriegsdienstes mehr sein, auch wenn mein Fall noch anhängig ist und auch wenn ich nur als Nichtkombattant Dienst zu leisten hätte.“ (Agustín)

KDVer in Zwickmühle: Beispiel Deutschland

Die deutsche Bundeswehr hat sich gerade von „Verteidigungstreitkräften“ in „Einsatzstreitkräfte“ verwandelt, d.h. sie führt wieder Krieg. Die Regierung hält am Kriegsdienstzwang fest. Es besteht allerdings eine rechtliche Anerkennung der KDVer. Anerkannte Verweigerer werden zu einem Ersatzdienst gezwungen, mit dem sie aber zugleich die Wehrpflicht erfüllen und sie dadurch rechtfertigen.

Nach § 79 des Zivildienstgesetzes haben anerkannte Kriegsdienstverweigerer im sog. „Verteidigungsfall“ unbefristeten Zivildienst zu leisten. In den 80er Jahren wurden auch Kriegsdienstverweigerer zu Übungen während der NATO-Manöver Wintex-Cimex einberufen. Unter anderem ‚durften‘ sie Gräben ausheben. Hier zeigt sich am deutlichsten, warum es im Grundgesetz heißt, dass niemand gezwungen werden darf „Kriegsdienst mit der Waffe“ zu leisten. Den Kriegsdienst überhaupt zu verweigern ist nämlich gesetzlich nicht vorgesehen.

In den 1970er Jahren stieg die Zahl der Totalen Kriegsdienstverweigerer (TKDVer), die nicht nur den Militärdienst, sondern auch

den Zivildienst ablehnen, eben weil sie kein Rädchen in der sog. Gesamtverteidigung sein wollen und weil sie einen Pflichtdienst nicht akzeptieren. TKDVer wurden und werden für ihre Gewissensentscheidung juristisch belangt; mehrmonatige Haftstrafen waren bis in die 1990er Jahre die Regel. Nachdem von 2004 bis 2006 keine TKDVer einberufen und inhaftiert worden waren, wurden 2007 erstmals wieder TKDVer in der Bundeswehr arrestiert und von Strafgerichten verurteilt.

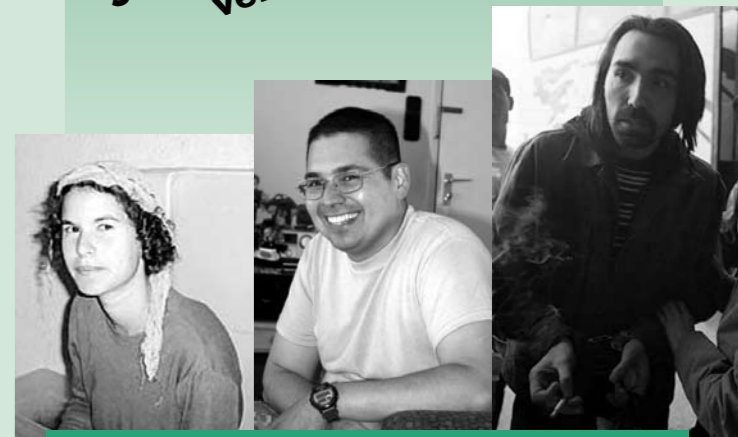
KDV jenseits der „Wehrpflicht“

Die Wehrpflicht schränkt die Freiheit der jungen Männer ein. Ihnen werden fundamentale Grundrechte genommen. Sie arbeiten für einen lächerlichen Sold. Kurz: Der Kriegsdienstzwang ist eine Menschenrechtsverletzung und gehört daher abgeschafft! Die meisten europäischen Staaten von Portugal bis Bulgarien haben diese Schritt schon vollzogen.

Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist Bestandteil der Gewissensfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und nach Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte der UNO. Dies ist von der Kommission für Menschenrechte der UNO immer wieder bestätigt worden. Auch die EU hat sich dieser Rechtsmeinung angeschlossen. Allerdings existiert nach wie vor das Problem, dass viele Staaten dieses Recht nicht oder nicht völlig umsetzen, gleich ob es um zwangsweise Rekrutierte oder Berufssoldaten geht.

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wer sich dem Krieg verweigert, nimmt ein Recht jedes Menschen wahr, bekämpft das Verbrechen des Krieges und verdient darum Hilfe und Unterstützung. Darum muss unsere Solidarität allen Menschen gehören, die den Kriegsdienst verweigern! Darum müssen Staaten allen Kriegsdienstverweigerern und Kriegsdienstverweigerinnen Asyl gewähren! Darum müssen letztlich alle Kriegs- und Zwangsdienste abgeschafft werden!

Solidarität mit KriegsdienstverweigererInnen



Kriegs-GegnerInnen unterstützen!



www.DFG-VK.de

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen